

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 33. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung – am 17.01.2012 im Kreisausschusssaal (B2-1-11), Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner (anwesend bis 19.20 Uhr)
Frau Christin Menzel
Herr Klaus Hubrig
Herr Dr. Ralf von der Bank (anwesend bis 19.20 Uhr)
Herr Jörg Niendorf
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger (anwesend bis 18.15 Uhr)
Herr Hartmut Rex (anwesend bis 18.50 Uhr)
Frau Alice Löning (anwesend bis 18.05 Uhr)

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Günter Stirnal
Herr Günter Henkel

Sachkundige Einwohner

Herr Thomas Thiel

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.11.2011 und 06.12.2011
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf
- 6 Deutscher Wandertag 2012
- 7 Haushalt 2012
- 8 Flughafen BBI
- 9 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Habermann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 33. Sitzung. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht verschickt worden ist. Er stellt weiterhin die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Habermann schlägt vor, die NKU für eine mögliche S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf und eine mögliche Kostenbeteiligung des Landkreises Teltow-Fläming noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. In der Ausschusssitzung am 06.12.2011 konnte aufgrund dessen, dass der Ausschuss nicht mehr beschlussfähig war, nicht darüber abgestimmt werden. Dem Vorschlag von Herrn Dr. von der Bank, diese Thematik nach dem TOP 4 zu behandeln, wurde von den Abgeordneten gefolgt. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich damit.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.11.2011 und 06.12.2011

Die Abgeordneten bestätigen die Niederschriften vom 01.11.2011 und 06.12.2011 einstimmig.

TOP 3

Mitteilungen der Verwaltung

Nachdem Herr Lademann und Herr Gärtner auf Anfrage von Herrn Habermann keine Mitteilungen vorzutragen hatten, teilt Herr Jurtzik mit, dass am 22. Januar 2012 ab 9.45 Uhr im Kreishaus in Luckenwalde der diesjährige Archäologentag Teltow-Fläming stattfindet. Er lädt alle Abgeordneten, sachkundigen Einwohner und alle Interessierten herzlich ein.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Frau Menzel spricht die Verschlechterungen im Regionalverkehr an, die mit Fahrplanwechsel im Dezember 2011 eingetreten sind, insbesondere die Verknüpfung Bahn/Bus. Herr Dr. von der Bank berichtet von einem Gespräch mit Herrn Fleischer vom VTF. Ihm sei die Problematik bekannt. Es sollen Möglichkeiten zur Anpassung/Verbesserung gesucht werden.

TOP 5

S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf

Herr Habermann informiert die Abgeordneten nochmals darüber, dass die Verlängerung der S-Bahn bis Rangsdorf große Bedeutung sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Bevölkerungsentwicklung des Landkreises Teltow-Fläming besitzt.

Eine Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU), wie sie zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit für den Bau der Verlängerung der S-Bahn erforderlich ist, könnte mit Kosten von ca. 46 T€ finanziert werden (entsprechende Angebote liegen vor). Zusagen zur Mitfinanzierung liegen ebenfalls vor. Es wird erwartet, dass sich der Landkreis Teltow-Fläming mit 10 T€ an den Gesamtkosten beteiligt.

Herr Lademann kommt der Bitte von Herrn Habermann nach und erläutert, unter Verweis auf die Beratungen des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 06.12.2011 (S-Bahn-Verlängerung Rangsdorf) und 01.02.2011 (Vertiefungsuntersuchung zur Verlängerung der S-Bahn von Blankenfelde nach Rangsdorf), die Notwendigkeit einer NKU.

Er informiert darüber, dass es KT-Beschlüsse gibt, die S-Bahn wieder zum Leben zu erwecken und den alten Endpunkt bis Rangsdorf wieder herzustellen. **Herr Lademann** befürwortet die Notwendigkeit der NKU. Die Einwohnerentwicklung im Norden des Landkreises würde die Herstellung eines S-Bahn-Anschlusses rechtfertigen.

Herr Habermann dokumentiert die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung durch den Landkreis. Diese S-Bahnverlängerung würde die touristische Entwicklung von Rangsdorf positiv beeinflussen.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dass sich der Landkreis anteilig an den Kosten beteiligt.

TOP 6

Deutscher Wandertag 2012

Herr Habermann begrüßt Herrn Heinemann-Grüder recht herzlich und bittet ihn um seine Ausführungen zum Deutschen Wandertag 2012.

Herr Heinemann-Grüder erläutert ausführlich die Planungen zum Deutschen Wandertag 2012.

Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf das Programmheft, das die vielfältigen Angebote widerspiegelt.

Im Anschluss an den Vortrag äußert **Herr Habermann**, dass einige seiner Fragen, bereits im Vortrag beantwortet wurden. Er fragt nach, wie viele Teilnehmer bisher an einem Wandertag teilnahmen, mit wie vielen Teilnehmern kann in diesem Jahr gerechnet werden, wie die Vermarktung der Quartiere erfolgt. Wie werden die Wanderwege an die vorgegebenen Quartiere gebunden oder wie werden die Wanderer auf die entsprechenden Wanderrouten hingewiesen. Ihn interessiert, wie beispielsweise ein Wanderfreund aus einem anderen Bundesland auch die nähere Umgebung kennen lernen kann, wie Potsdam, Wittenberg, Kloster Zinna etc. Gibt es auch hier Hinweise für die Wanderfreunde, wie man die kulturellen Highlights z. B. auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen kann? Wird auch die Fläming-Skate mit eingebunden, obwohl die Strecke für die Wanderfreunde nicht wirklich gedacht ist?

Frau Löning merkt an, das neben der Fläming-Skate auch die Fläming Walk mit hunderten von Kilometern geschaffen wurde. In diesem Zusammenhang erscheint ihr eine Bekanntmachung sehr wichtig.

Herr Heinemann-Grüder antwortet, dass an einem Deutschen Wandertag von ca. 10 Tausend Übernachtungsgästen mit einer durchschnittlichen Übernachtungsdauer von ca. 5 Tagen in der Region ausgegangen wird. Die Teilnehmerzahlen sind Erfahrungswerte der letzten Wandertage.

Bei den diesjährigen Buchungen über die Geschäftsstelle bleiben die Gäste im Durchschnitt 7 Nächte. Was beweist, dass die Gäste neben den Wanderungen auch die größere Kulturregion kennenlernen möchten. So sind z. B. 6 verschiedene Bustouren im Angebot, wo Gäste sich direkt über das Organisationsbüro einbuchen können. Reiseziele sind u. a. Potsdam, Berlin und der Spreewald. Im 210 Seiten umfassenden Programmheft wird auf diverse andere Reiseziele hingewiesen. 500 touristische Kulturführungen sind mit Termin und Uhrzeit enthalten.

Weiterhin sind entsprechende Publikationen wie Imagebroschüren und sonstige Reiseführer vorhanden, auf die die Gäste entsprechend Bezug nehmen können.

Orientiert wird auf die Wanderangebote, die im Programmheft mit Termin, Treffpunkt, Kilometerzahl und voraussichtlicher Dauer enthalten sind. Dabei handelt es sich z. B. um Rundwanderwege oder eine Streckenwanderungen, so dass der Gast jederzeit weiß, wie er zum Ausgangspunkt wieder zurück kommt, fußläufig oder mit Verkehrsbetrieben. Dazu werden derzeit Gespräche mit dem Verkehrsverbund geführt.

Zur Frage nach der Nutzung der Fläming-Skate antwortet Herr Heinemann-Grüder, dass hier zwar wenige Fußwanderer zu finden sind, aber im Programmheft sind eine Reihe von Aktiv- oder barrierefreien Angeboten zu finden, die gerade auf der Fläming-Skate stattfinden. Z. B. werden in der Stadt Dahme/M 16 Rollstuhlwanderungen angeboten. Allein auf der Fläming-Skate stehen ca. 25 Angebote auf dem Gesamtprogramm, eher mit Rollen und Rädern als fußläufig.

Frau Menzel erkundigt sich, ob es Bemühungen gibt, Schulen und Vereine mit Interesse am Wandertag in die Organisation und Durchführung einzubinden.

Herr Heinemann-Grüder berichtet, dass alle Schulen der Reiseregion über Landrat Giesecke und Landrat Blasig angeschrieben und über das Wanderprogramm informiert wurden. Das Programm beginnt am 10. Juni, die Schulferien erst am 20. Juni. Gerade in den letzten Schultagen finden meist Projekttag statt. So besteht die Möglichkeit, sich an einzelnen organisierten Touren zu beteiligen.

Auch Vereine wurden mehrfach angeschrieben. Es sei für jeden etwas dabei.

Herr Gärtner dankt Herrn Heinemann-Grüder. Er sei die treibende Kraft für diese Veranstaltung und denkt, dass dieses Ereignis mit Sicherheit für die Region sehr interessant sein wird und der Wandertag einen großen Nutzen für die Region bringt.

Herr Heinemann-Grüder gibt den Dank weiter an die Geschäftsstelle. Hinter diesen 1308 Angeboten stehen außerdem ca. 400 ehrenamtliche Akteure. Am 01. Juni findet eine Großveranstaltung in Luckenwalde und am 04. Juni in Bad Belzig statt, in der noch mal alle Akteure informiert und auf den neuesten Stand gebracht werden. Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten auch die Wanderleiter, die die Ausbildung erfolgreich absolviert haben, ihre Zertifikate.

Zum Abschluss dankt **Herr Habermann** Herrn Heinemann-Grüder für die umfangreichen und ausführlichen Informationen zum Deutschen Wandertag. Er denkt, dass der Wandertag für die Region ein wichtiges Ereignis sein wird und wünscht allen Beteiligten viel Erfolg für die Durchführung.

TOP 7

Haushalt 2012

Mit dem TOP 7 - Haushalt 2012 - verbindet **Herr Habermann** große Sorgen, die unbedingt gemeinsam gelöst werden müssen. Hierzu begrüßt er den Landrat.

Herr Rex äußert sich als berufener Bürger. Er begrüßt es, hier über den Haushalt zu diskutieren, informiert aber darüber, schon im letzten Jahr zu diesem Thema keine Unterlagen erhalten zu haben. In diesem Jahr sind diese Unterlagen erst am letzten Freitag bei ihm angekommen. Es ist nicht möglich, in dieser kurzen Zeit den umfangreichen Haushalt zu lesen. Seine Bitte ist, wenn darüber zu diskutieren ist, die Unterlagen zukünftig rechtzeitig zu versenden.

Herr Habermann gibt den Hinweis an die Verwaltung weiter. Dann übergibt er das Wort an Frau Pieper und bittet um ihre Ausführungen zum Haushalt.

Frau Pieper erklärt, dass allgemeine Ausführungen zum Haushalt bekannt sind. Sie weist darauf hin, dass ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde. Der Haushalt stellt für alle eine große Herausforderung dar, zugute kommt eine günstige Ertragslage wie Kreisumlage und Schlüsselzuweisung. Die Verwaltung hat große Einsparpotenziale aufgezeigt. Dieser Bereich, der heute hier besprochen wird, ist jedoch von größeren Einsparungen betroffen. Sinnvoll wäre es, wenn alle Produktverantwortlichen ihre Ausführungen zu den Produkten tätigen.

Herr Habermann übergibt zunächst das Wort an Herrn Weiher als Produktverantwortlicher des Bauamtes (65).

Herr Weiher hat sehr sich über den ausgeglichenen Haushalt gewundert. Obwohl es Vorabstimmungen gab, waren die Endzahlen für ihn teilweise sehr überraschend. In seinem Bereich wurden erhebliche Kürzungen vorgenommen.

Durch Herrn Weiher wurde den Abgeordneten eine Liste übergeben, in der Investitionen des Amtes 65 dargestellt sind, z. B. können im Bereich Straßenwesen in diesem Jahr nur noch Restleistungen aus Bauvorhaben der Vorjahre vorgenommen werden, wie beispielsweise der Radweg Diedersdorf – Birkholz oder die Verbindungsstraße 7225 Baruth – Dornswalde, wo noch Landschaftsarbeiten durchzuführen sind. Alle anderen Investitionen wurden herausgenommen.

Im Bereich Straßenwesen: zur Instandsetzung der Straßen zählen nicht nur die Kreisstraßen, sondern auch die Fläming-Skate, die auch mehr als 200 km umfasst. Von den ca. 1,7 Mio € der Vorjahre für die Fläming-Skate und die Kreisstraßen stehen in 2012 nur noch rund 900 T€ zur Verfügung. Die rund 1,7 Mio € der Vorjahre, wurden nie erhöht, aber das Straßennetz erhöht sich immer weiter.

Der derzeitige Straßenzustand der Kreisstraßen und der Fläming-Skate ist auf Grund der bisherigen hohen Investitionen in einem relativ guten Zustand. Unter Berücksichtigung des Haushaltes und der notwendigen Einsparungen ist in diesem Jahr ohne Investitionen auszukommen.

Bei Fragen der Instandsetzung werden jedes Jahr bestimmte Straßenabschnitte abgearbeitet.

In diesem Jahr wird versucht, mit dieser Summe klarzukommen. Es werden jetzt nur die unbedingt notwendigen Arbeiten erledigt. Er weist aber darauf hin, dass es nicht möglich sein wird, in den nächsten Jahren mit einem Haushalt von nur noch 900 T€ klar zu kommen.

Bei den weiteren Investitionen aus dem Bereich Liegenschaften werden 20 T€ für den Küchenumbau in der Rudolf-Breitscheid-Straße 161 verwendet, um die Wohnung wieder in einen vermietbaren Zustand zu bringen und Mieteinnahmen zu erhalten. Derzeit ist diese Wohnung so nicht mehr vermietbar.

Die Investition zum Erwerb von Grundstücken ist mit einer Summe von 30 T€ sehr gering. Ob diese Summe reicht, bleibt abzuwarten. Es besteht noch ein erheblicher Grundstückserwerb im Bereich der Fläming Skate.

Problematisch im Bereich Aufwendungen sind die Bewirtschaftungskosten, sie sind mit 110 T€ veranschlagt. Diese Summe ist allerdings sehr knapp bemessen.

Im Bereich Hochbau sind in diesem Jahr keine Investitionen vorgesehen.

Herr Weiher äußert, er sei ernsthaft bemüht, in der Kreisverwaltung unter höherer Einbeziehung der Amtsleiter über weitere mögliche Einsparungen, auch Personaleinsparungen, nachzudenken. Er wird auf die Dauer mit diesen Mitteln nicht auskommen. Aus seiner Sicht gibt es diese beispielsweise im Bereich der Gebäudebewirtschaftung, da hier z. B. mindestens 5 Ämter arbeiten und jeder andere Aufgaben hat. Es sollte hier über strukturelle Veränderungen nachgedacht werden hin zu einem Bereich Gebäudemanagement. Das sind aber nur seine Ideen.

Ein ausgeglichener Haushalt ist seiner Meinung nur durch Einsparungen und nur über einen Personalabbau zu erreichen. Er ist seit 30 Jahren in der Verwaltung tätig und glaubt sich darüber ein Urteil bilden zu können.

Frau Pieper möchte noch mal erläuternd dazu mitteilen, dass hier immer 2 Bereiche angesprochen werden: die Kürzungen im normalen Aufwand, die dazu beigetragen haben, den Haushalt auszugleichen und die Investitionen.

Im Haushaltsjahr 2012 sind nur noch 4,1 Mio € investive Schlüsselzuweisungen enthalten. Nur so viel dürfen für Investitionen ausgegeben werden.

3,6 Mio. € im Plan werden im nächsten Jahr für die B 101 investiert. Somit verbleiben für alle anderen Investitionen nur noch 500 T€ übrig. Es müssen zwei Dinge unterschieden werden, der normale Aufwand mit den Kürzungen und die Investitionen.

Frau Menzel bezieht sich auf die 900 T€ für Instandsetzungen und erwartet dazu genauere Angaben.

Herr Weiher antwortet, das ist reine Werterhaltung für Instandhaltung der Straßen, dazu zählt auch der Winterdienst.

Herr Dr. v. d. Bank bezeichnet den Personalabbau als wirklich wichtigen Punkt. Er habe sich bereits vor über 2 Jahren schon mal zur Verschwendung von Geldern durch die SWfG geäußert und dass dieses Geld eines Tages durch Personalabbau eingespart werden muss. An den Landrat gewandt äußert er, dass er den Personalabbau dann auch tatsächlich durchführen und das seinen Mitarbeitern entsprechend erklären muss.

Weiterhin kritisiert er die Arbeitsweise im Ausschuss. Herr Rex als sachkundiger Einwohner hat einen Teil der Unterlagen vom Haushalt ausgedruckt zugeschickt bekommen, alle anderen nicht. Frau Pieper spart zwar dadurch rund 3000 T€ für Papier ein, aber die Abgeordneten haben nicht die Möglichkeit, sich die Sachen ausgedruckt anzusehen. Er empfindet dies als eine Art der Ungleichbehandlung und fragt an, weshalb nur die sachkundigen Einwohner Unterlagen ausgedruckt erhalten, die anderen aber nicht?

Darauf antwortet **Frau Pieper**, die sachkundigen Einwohner erhalten nur den Teil, der im Ausschuss behandelt wird – die Abgeordneten erhalten eine CD – sie können sich den entsprechenden Teil vor dem Ausschuss ausdrucken oder ihren Laptop nutzen.

Herr Lindner entgegnet, dass in anderen Ämtern, wie Landwirtschaft und Umwelt, die Produktblätter vorlagen. Darüber konnte dann auch entsprechend diskutiert werden.

Als nächstes möchte er von Herrn Weiher wissen, wo er eigentlich die Einsparungen in den Bereichen findet.

Herr Weiher merkt an, er habe nur an einem Beispiel erklärt, wie Einsparungen erfolgen könnten und dass es nicht in Ordnung sei, wenn sich z. B. 5 Ämter (wie Haupt-, Schulverwaltungs-, Bauamt) um Gebäudefragen kümmern. Das könnte man komplexer in einem Amt steuern. Weitere Einsparungen sieht er z. B. im Bereich der Instandhaltung, der Betriebskosten und des Personals. Er könne zwar noch keine konkreten Vorschläge machen. Es muss entsprechend diskutiert werden.

Frau Menzel würde gerne diese Einsparungen einsehen, wie z. B. Kennzahlen, Produktbereiche usw. und fragt an, wann dies möglich wäre.

Frau Pieper antwortet, es seien noch nicht allen Dezernaten Kennzahlen gebildet. Das Dezernat I ist erledigt, weitere Dezernate sind im Januar vorgesehen. Wenn Bedarf ist kann, dies bei der KLR, die seit einem Jahr eingeführt wurde, erfragt werden.

Herr Hubrig freut sich über die deutlichen Einsparvorschläge von Herrn Weiher und fragt, ob diese strukturelle Idee bereits auf Dienstebene besprochen wurde und wie der Landrat dazu steht. Wurde bereits über die Idee von Herrn Weiher in der Verwaltung diskutiert?

Herr Habermann sieht Möglichkeiten der Einsparung von Mitteln, die jedoch erst einmal in der Verwaltung zu klären sind.

Herr Weiher erklärt, dass im Amt 65 erhebliche Einsparungen bei Aufwendungen erfolgten, die nicht dauerhaft durchzustehen sind. Er hat diverse Beispiele zu Einsparungen aufgezeigt und sie der Verwaltung schriftlich mitgeteilt. Sie befinden sich in der Diskussion, sind bisher weder abgelehnt noch abschließend behandelt.

Herrn Habermanns Frage ist, wie lange der Landkreis noch an der Finanzierung der B101n beteiligt ist?

Frau Pieper antwortet, dass in den letzten Jahren kein Planansatz vorhanden war, da der Baufortschritt nicht da war, für 2011 waren 3,4 Mio im Haushalt, die auch ausgegeben wurden für 2012 3,6 Mio. Auch im Haushaltsjahr 2013 wird sich im investiven Bereich keine Entspannung einstellen, hier wird der letzte Betrag für die B 101n in Höhe von 3,4 Mio. € fällig. Eine Kreditaufnahme für die B 101n ist nicht vorgesehen.

Herr Rex erkundigt sich nach der Investition der Küche in der Rudolf-Breitscheid-Straße 161. Er möchte von Herrn Weiher wissen, wie hoch die Mieteinnahmen sind und mit welchem Wert dieses Gebäude in die Eröffnungsbilanz eingegangen ist.

Diese Antwort muss **Herr Weiher** nachreichen. (Die Antwort befindet sich im Anhang dieses Protokolls.) Er teilt mit, dass das Gebäude 4 Wohnungen hat, wovon 3 derzeit vermietet sind. Die unvermietete Wohnung befindet sich im Obergeschoss.

Da keine weiteren Fragen an Herrn Weiher herangetragen werden, übergibt **Herr Habermann** das Wort an Herrn Gärtner.

Herr v. d. Bank stellt in den Raum, den Haushalt heute in diesem Ausschuss nicht verbindlich abzuschließen und diesen Punkt zu vertagen.

Herr Gärtner äußert, der Sparwille hat sich auch in seinem Dezernat erheblich ausgewirkt. Für das Kreisentwicklungsamt heißt das zwangsläufig, mit dem Haushalt leben zu müssen. Er weist in diesem Zusammenhang auf 2 Vorhaben hin, die gefährdet sind: einmal der Bau des Radweges entlang der L 795 Thyrow und Siethen. Der Kreistag hat einen entsprechenden Beschluss gefasst. Der Kreis sowie Trebbin und Ludwigsfelde wollen sich an den Baukosten beteiligen.

Und das 2. Problem sind die Schallschutzberatungen für die von Fluglärm Betroffenen. Dies ist eine freiwillige Leistung entsprechend einem Beschluss des Kreistages von 2010. Dafür wurden 50.000 € zur Verfügung gestellt.

Es wurden intensive Beratungen durchgeführt, ein Büro eingebunden, und bisher ca. 800 Bürgern Unterstützung gegeben. Diese Gelder stehen im Jahr 2012 nicht mehr zur Verfügung. Es können vorerst keine weiteren Beratungen durchgeführt werden. Gespräche erfolgten mit dem Landrat und mit dem Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, um diese Beratungen weiter zu führen. Im Weiteren wird es dazu Gespräche mit der Staatskanzlei geben, um von dort Unterstützung zu erhalten, da dringender Handlungsbedarf besteht. Der Landkreis kann dies nicht mehr finanzieren, die Leistung aber einfach wegfällen zu lassen, ist keine Lösung.

Frau Menzel fragt nach, ob Chancen bestehen, die Beratung vom Flughafen bezahlen zu lassen und den Berater vom Kreis zu stellen.

Herr Gärtner teilt mit, dass es noch in dieser Woche ein Gespräch in der Staatskanzlei gibt, in dem es insgesamt um das Thema Flughafen geht. Er will erreichen, dass die freiwillige Leistung, die durch den Landkreis in den letzten 2 Jahren erbracht wurde, auch zukünftig möglich ist.

Herr Habermann äußert zu diesem wichtigen Thema, dass es eine Vielzahl von Aktivitäten gibt, die notwendig sind, um diese Differenzen auszuräumen. Im Moment verhandeln die Rechtsanwälte Herr Hofmann für die Kommunen und Herr Börmann für die anderen Betroffenen mit Herrn Dr. Gronefeld vom Flughafen über derzeitige Ungereimtheiten, die in den Kostenerstattungsvereinbarungen aufgetreten sind. Von den 25000 Wohneinheiten sind derzeit keine 1000 realisiert. Ca. 3000 Kostenerstattungsvereinbarungen sind beiderseitig erst unterschrieben. Das Problem ist, dass in den verbleibenden Monaten bis zur Inbetriebnahme noch ca. 24000 Wohneinheiten Schallschutz erhalten müssen.

Nach seiner Meinung ist die Beratung durch das Büro Dr. Volz sehr wichtig. Es ist wichtig zu klären, wie weit die Staatskanzlei hier unterstützen kann.

Als Produktverantwortlicher für die Kreisentwicklung teilt **Herr Neumann** mit, dass im Bereich ursprünglich 3 Produkte angesiedelt waren, die Sportförderung, die Kreisentwicklung und der Flughafen. Die Sportförderung/-entwicklung ist nun dem Dezernat V bei Herrn Bührendt zugeordnet und nicht mehr im Bereich der Kreisentwicklung zugehörig. Hier ist eine Korrektur erforderlich.

Eine weitere Position ist die Planung des Radweges entlang der B 246 von Löwendorf bis Stangenhagen, die das Amt schon mehrere Jahre begleitet.

Auf die Frage von **Herrn Habermann**, inwieweit beim straßenbegleitenden Radweg an der B 246 der Bund dafür zuständig ist, antwortet **Herr Gärtner**, es wurde eine Vereinbarung mit dem Land geschlossen, um den Radweg endlich zu ermöglichen. Hier besteht großer Handlungsbedarf.

Frau Thätner informiert zum Kataster- und Vermessungsamt. Das Produkt Katasterangelegenheiten kümmert sich nur um hoheitliche Aufgaben, die zu erfüllen sind, also die Führung des Katasterkarten- und Buchwerkes. Dafür gibt es über das Gemeindefinanzierungsgesetz im Jahr 2012 ca. 1,66 Mio €, dazu kommen 570 T€, die in 2012 geplant sind und die durch Gebühreneinnahmen akquiriert werden – wichtig ist, diese 570 T€ auch wirklich einnehmen zu können. Das Katastergeschäft ist ein anderes geworden. Es geht heute nur noch um digitale Daten, die in hoher Qualität zu erstellen sind. Vor 10 Jahren wurden noch echte Überschüsse erwirtschaftet. Hier konnten in Technik und Autos investiert werden – dies ist heute nicht mehr möglich.

Herr Jurtzik informiert, dass die meisten Dinge im Haushalt feststehen. Bisher waren im Haushalts-Sicherungskonzept 1,5 Mio € veranschlagt, mit den jetzigen 1,8 Mio € kann man sehr optimistisch sein. Bestimmte Kennzahlen haben sich deshalb verbessert, da die Einnahmen von 2010 zu 2011 höher waren - zwischen 11 – 12 % Zunahme. Wenn alles gut läuft, könnten auch die 1,8 Mio € erreicht werden.

Den Punkt der Gebühreneinnahmen spricht er besonders an. Bemerkenswert ist, dass die Bauaufsicht Vorhaben für die Gemeinden prüft, die Gemeinden aber gebührenbefreit sind.

Herr Jurtzik weist darauf hin, dass sich im Produkt Denkmalpflege ein Fehler eingeschlichen hat – Mittel der Ersatzvornahme als Ausgabe position 160 T€ und als Einnahme position 300 T€

Eine Anmerkung zum Thema Einsparungen: Er ist wie Herr Weiher ebenfalls um Personaleinsparungen bemüht, dies ist jedoch keine Sache für die Haushalts-Diskussion und ist an anderer Stelle zu diskutieren.

Eine Frage von **Herrn v. d. Bank** an Herrn Jurtzik lautet, ob er die Synergieeffekte genau wie Herr Weiher auf Personalreduzierungen bezieht.

Herr Jurtzik antwortet, Synergieeffekte laufen darauf hinaus, Dinge zusammenzulegen, die zusammenpassen, wodurch Wege und Arbeitszeit gespart werden kann. Hier wird von der Summe, vom Gesamtpaket, gesprochen. Durch einfache Organisationsänderungen lässt sich viel Zeit einsparen, z. B. durch Zusammenlegungen von Arbeitsabläufen, die sich stetig wiederholen.

Herr Habermann weist noch einmal auf die größte Ausgabe des Landkreises, die B 101n, hin. Es ist eine notwendige Ausgabe, die sinnvoll und notwendig ist. Den südlichen Bereich des Landkreises durch diese Maßnahme mit dem Norden sinnvoll zu verbinden, war einfach notwendig. Als damals die Entscheidung getroffen wurde, war die finanzielle Situation allerdings auch noch eine andere. Mit dem Haushalt 2012 werden große Herausforderungen an

den Landkreis gestellt. Die Verwaltung hat dabei wichtige Aufgaben zu leisten. Das kann der Ausschuss nicht befördern, hier ist die Verwaltung gefordert. Im Weiteren bittet er den Landrat, zum Haushalt Stellung zu nehmen, um dann den TOP abzuschließen.

Herr Giesecke äußert, dass im Wesentlichen alles zum Haushalt 2012 gesagt wurde. Es wurde deutlich, dass große Einsparungen, die in diesem Haushalt erbracht werden mussten, nicht ohne Wirkung bleiben.

So wie Herr Weiher sich äußerte, ist der erste Schritt der Haushalt 2012, ein weiterer wird dann der Haushalt 2013 sein, mit dem Ziel, diesen mit einem positiven Ergebnis abzuschließen, um die Defizite der letzten Jahre abzubauen. Die Einnahmesituation wird sich nicht wesentlich verbessern. Die Einsparpotenziale sind soweit zu erschließen, dass trotz geringer Einnahmen zukünftig positive Ergebnisse erzielt werden.

Im Kreistag wurde die Bildung einer AG Haushaltskonsolidierung beschlossen. Sie wird sich sinnvoller Weise erst nach dem Haushaltsbeschluss 2012 konstituieren, weil die Arbeit sich auf den Haushalt 2013 auswirkt.

Es werden dann solche Vorschläge mit den Abgeordneten diskutiert werden, wie sie von Herrn Weiher geäußert wurden.

In der Dienstberatung wurde bereits ein umfangreicher Maßnahmenkatalog behandelt – u. a. werden folgende Punkte angesprochen: Zielvereinbarungen sind abzuschließen, um eine bessere Kontrolle für jeden einzelnen Produktverantwortlichen zu haben. Andere Maßnahmen werden sein, alte Gutachten vorzunehmen und mit neuen aktuellen Zahlen durchrechnen. Wie stehen wir jetzt in den einzelnen Bereichen da, welche Auswirkung wird das auf Personal und Struktur haben. Es besteht eine gute Chance der Personalreduzierung von etwa einem Drittel der Mitarbeiter, die in den nächsten 3 bis 4 Jahren altersbedingt ausscheiden werden.

Mit dem reduzieren Personal kann das aber dann einen eventuellen Verzicht auf freiwillige Aufgaben bedeuten. Es werden Gespräche mit Kommunen folgen, ob einige Aufgaben von ihnen übernommen werden können.

Bis 2013 sollte auch die Problematik Wirtschaftsförderungsgesellschaft geklärt sein, in diesem Bereich werden deutliche Einsparungen erfolgen.

Zu den Investitionen der B101n erklärt der Landrat, dass es wirtschaftlich schlimm sei, 20 Jahre für einen Straßenbau von nur 35 km Länge zu benötigen.

Durch die Verzögerung wurden aber die Mittel in den Vorjahren nicht gebraucht, so dass bei den kreislichen Investitionen ein hervorragender Stand erreicht wurde. Erforderlich wären noch einige größere Investitionen. Positiv zu erwähnen sind: die letzte grunderneuerte Kreisstraße wurde übergeben, die Fläming-Skate ist fertig, der Zustand der Schulen ist sehr gut. Es wurde sehr viel erreicht. Die Feinarbeiten können nach der Fertigstellung der B101n erledigt werden.

Herr Habermann bedankt sich bei Herrn Giesecke für die Schlussworte.

TOP 8 **Flughafen BBI**

Herr Habermann zeigt auf, dass es derzeit 2 große Problemkomplexe gibt - zum einen das Flugverfahren und die Flugrouten. Das Umweltbundesamt hat dazu ein 160-Seiten-Gutachten vorgelegt, welches zu vielfältigen Diskussionen Anlass gab.

Am 30. Januar 2012 werden in der Fluglärnkommision vom Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung die Flugverfahren vorgestellt

Auf das 2. Thema passiven Schallschutz hatte **Herr Habermann** bereits hingewiesen. Hier wäre eine Clearingstelle notwendig, weil derzeit eine Vielzahl von ungelösten Problemen vorhanden ist.

Diese Clearingstelle ist notwendig, um zu überwachen, dass die Schallschutzmaßnahmen auch eingehalten werden und damit den Bürgern geholfen werden kann.

Über die am stärksten vom Fluglärm betroffene Gemeinde wird kein Wort verloren. In der nächsten Fluglärmkommission wird er sich darüber äußern, dass die Menschen sich mit über 1000 Überflügen verraten und verkauft fühlen. Man sollte sich darüber Gedanken machen, diesen Bereich eventuell umzusiedeln.

Das Umweltbundesamt hat in der letzten Zeit diverse Broschüren herausgegeben, wie schädlich Fluglärm und wie schädlich Nachtflug ist.

In der Anhörung 2001 erläuterte der Gutachter der Schutzgemeinschaft, Prof. Bechmann, dass durch den Flughafen an dieser Stelle ein Lärmriegel im Süden von Berlin entstehen wird, der von Erkner bis Potsdam und von Tempelhof bis Zossen reichen wird. Er stellte damals bereits die Umweltunterlagen in Frage und das zeigt sich heute an den Bürgerinitiativen, die derzeit überall auftreten.

TOP 9 **Sonstiges**

Herr Habermann erkundigt sich, ob es zu diesem TOP Fragen und Anregungen gibt. Da dies nicht der Fall ist, beendet Herr Habermann diesen Ausschuss, bedankt sich für die Teilnahme und wünscht allen einen guten Heimweg.

Datum: 29.06.12

Habermann
Vorsitzender

Remus
Schriftführerin